

Rußlands 'Bedrohungen aus dem Süden'. (I): Entwicklungen im Nordkaukasus

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1998). *Rußlands 'Bedrohungen aus dem Süden'. (I): Entwicklungen im Nordkaukasus*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 36/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47621>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußlands "Bedrohungen aus dem Süden"

Teil I: Entwicklungen im Nordkaukasus

Zusammenfassung

Die "Bedrohung aus dem Süden" ist ein Topos im außen- und innenpolitischen Diskurs Rußlands und wird mit "islamischer Gefahr" assoziiert. Im Sommer 1998 erfuhr diese Bedrohungsperzeption besondere Unterstützung. Im Nordkaukasus und in Afghanistan kam es mit der Zuspitzung innenpolitischer Machtkämpfe in Tschetschenien und dem erneuten, diesmal erfolgreichen Vorstoß der Taliban nach Nordafghanistan zu Entwicklungen, die in Moskau Alarm auslösten. Kaukasische und zentralasiatische Schauplätze waren schon vorher zusammengebracht worden, zum Beispiel als Rußland, Usbekistan und Tadschikistan im Mai 1998 eine engere sicherheitspolitische Kooperation zwecks "Abwehr des islamischen Fundamentalismus in Mittelasien und im Nordkaukasus" vereinbart hatten. Im ersten Teil der vorliegenden Analyse wird dargestellt, wie weit die Regierungsgewalt Rußlands über sein eigenes staatliches Hoheitsgebiet im Süden, nämlich im Nordkaukasus, bereits erodiert ist.

Aufforderung zur sicherheitspolitischen Integration in der GUS

Angesicht der jüngsten Entwicklungen an der Südflanke Rußlands meldeten sich auch Politiker zu Wort, die bislang eher eine Ökonomisierung nationaler Interessen Rußlands im Süden als eine klassische geostrategisch-machtpolitische Orientierung russischer Südpolitik repräsentierten. So beschwor der Exekutivsekretär der GUS, Boris Beresowskij, die "engere militärische Integration" ehemaliger Sowjetrepubliken und ihre "Konsolidierung um Rußland", ohne die sich die Lage an den Südgrenzen der GUS verschlechtern und dramatisch zuspitzen würde. Einige Länder der GUS könnten ihre Unabhängigkeit verlieren, und dabei drohe Gefahr nicht aus dem Norden, sondern aus dem Süden.¹ Ein Kommentar in "Segodnja" erhob kürzlich "die Beziehungen Rußlands zur islamischen Welt jenseits seiner Grenzen, an seinen Grenzen und innerhalb seiner Grenzen" zum "Problem Nummer Eins". Nicht daß russische Politik gegenüber den USA und Europa weniger wichtig wäre, die westlichen Adressaten seien nur weitaus stabiler und berechenbarer als die islamischen. Die "muslimische Welt kocht und expandiert" – und deshalb sei das "Südproblem" nicht nur für das geschwächte Rußland, sondern auch für das mächtige Europa sehr ernst zu nehmen.²

¹ Interfax, engl., 12.8.1998/SWB-SU/3304 B/8, 12.8.1998.

² L. Radzichovskij, Islamizacija Rossii? Segodnja, 14.8.1998, S. 2.

Aufforderungen zu einer um Rußland gruppierten sicherheitspolitischen Integration angesichts "akuter Gefahr für den Süden der GUS" stoßen in Zentralasien und im Kaukasus auf unterschiedliche Reaktionen. Während zum Beispiel Usbekistan nach einer Phase wachsender Distanzierung von Rußland und spöttischer Polemik über die Integrationskraft der GUS wieder zu einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation mit Moskau zurückkehrte, beginnt die von Tiflis geforderte Reduktion russischer Militärpräsenz in Georgien mit dem Rückzug von Abteilungen des russischen Grenzschutzes. Auch in Georgien fallen Wahrnehmungen "islamischer Gefahr" in geschichtlich gewachsene Raster, aber stärker wirkt doch das antirussische Element in der georgischen Selbstidentifikation. Auch gegenüber Aserbaidschan reizt die Karte der Gefahr aus dem Süden nicht, obwohl z.B. der Iran mit seiner beträchtlichen aserbai-dschanischen Minderheit und seiner gelegentlichen Kritik an der westlich orientierten Außenpolitik Bakus durchaus ein sicherheitspolitisches Thema für das Land ist. Aserbaidschan ist derjenige Staat in der südlichen GUS, der sich am stärksten von einer sicherheitspolitischen "Konsolidierung um Rußland" distanzierte. Lediglich Armenien ist ein enger Verbündeter Rußlands im Kaukasus.

Rußlands eigener Süden: Der Nordkaukasus

Mit der Bedrohung aus dem Süden meint Rußland nicht zuletzt die Entwicklung in seinem eigenen staatlichen Hoheitsbereich im Kaukasus, die Krisensituation im Nordkaukasus, dessen autochthone Volksgruppen überwiegend Muslime sind. Zu den akuten Krisenerscheinungen gehören die im Sommer 1998 zugespitzten innenpolitischen Wirren in Tschetschenien, nichtoffizielle bewaffnete Formationen in den meisten nordkaukasischen Republiken und die Schwäche der offiziellen Gewaltstrukturen, die Verbindung zwischen politischen, ethnischen und religiösen Bewegungen und kriminellen Strukturen, die Häufung von Terrorakten und Entführungsfällen, bei denen politische und kriminelle Motive kaum noch auseinandergehalten werden können. Dazu kommen in letzter Zeit die Instrumentalisierung von Religion für politische Machtkämpfe und militante Konflikte zwischen unterschiedlichen religiösen Strömungen, zwischen lokal verwurzelten und importierten Varianten des Islam. Den materiellen Hintergrund der Krise bildet eine desolate Wirtschaftslage.

Ethnos, Territorium und Religion als Krisen- und Konfliktfaktoren

Die zahlreichen Volksgruppen im Nordkaukasus bilden ein kompliziertes Ethnogramm. Aus ihm hatte die sowjetische Nationalitätenpolitik autonome Gebietskörperschaften herausgestanzt, die mit den realen ethnoterritorialen Verhältnissen nicht übereinstimmten. Vertreibungsaktionen bereits bei der Eroberung durch Rußland im 19. Jahrhundert, die am Reißbrett vollzogene und wieder abgewandelte Bildung nationaler Gebietseinheiten in sowjetischer Zeit und die Deportation von fünf Völkern dieser Region unter Stalin haben das Verhältnis von Ethnos und Territorium nachhaltig erschüttert.³ Diese Erschütterungen haben ihren aktuellen Nachklang in neuerlichen ethnoterritorialen Konflikten, Migrationen und Fluchtbewegungen. Am Ende der sowjetischen Periode hatten sich diverse Nationalbewegungen in Widerspruch zu den bestehenden politischen Gebietsstrukturen begeben. In der ethnisch besonders heterogenen Republik Dagestan wurden innenpolitische Auseinandersetzungen so weit ethnisiert, daß sie heute nicht zwischen politischen Parteien, sondern überwiegend zwischen ethnischen Volksfronten und -milizen ausgetragen werden.

Als Gegenströmung bildeten sich diverse transethnische Integrationsbewegungen in Anlehnung an historische Vorbilder heraus.⁴ Neuerdings treten grenzüberschreitende Einigungsbewegungen in

³ Zur ethnischen und ethnopolitischen Situation siehe Jörg Stadelbauer, Die Krisenregion Kaukasien: Geographische, ethnische und wirtschaftliche Grundlagen, in: U. Halbach, A. Kappeler (Hrsg.), Krisenherd Kaukasus, Baden-Baden 1995, S. 13-51; Barbara Pietzonka, Ethnisch-territoriale Konflikte in Kaukasien. Eine politisch-geographische Systematisierung, Schriftenreihe des BIOst, Bd. 26, Baden-Baden 1995; Roland Götz, Uwe Halbach, Politisches Lexikon Rußland. Die nationalen Republiken und Gebietseinheiten der Rußländischen Föderation. Beck'sche Reihe Länder, München 1994.

⁴ Zu Beginn der neunziger Jahre wurde die *Konföderation kaukasischer (Berg-)Völker*, die 16 Ethnien des Nordkaukasus repräsentierte, durch ihre Einmischung in den Konflikt zwischen Georgien und seiner autonomen Republik Abchasien auf der Seite der abchasischen Separatisten und durch Zusammenarbeit mit dem Dudajew-Regime bekannt. Sie lehnte sich an die historische "Gorskaja Respublika" von 1918 an.

Tschetschenien und Dagestan in Erscheinung, die einen "islamischen Staat" in historischer Anlehnung an das Imamats Schamils, die Widerstandsgemeinschaft nordkaukasischer Muslime gegen die Expansion Rußlands im 19. Jahrhundert, intendieren. Hinter ihnen stehen ambitionierte lokale Politiker und Warlords wie der tschetschenische Außenminister Udugow, Schamil Bassajew, Salman Radujew und weniger bekannte islamische Aktivisten auf dagestanischer Seite. Solche Bewegungen haben allerdings in der Bevölkerung nur begrenzten Rückhalt. Das verarmte und zerstörte Nachkriegstschetschenien bildet kaum das Gravitationszentrum für die Bergvölker des Nordkaukasus. Islamistische Appelle und Dihad-Parolen treffen nicht den religiösen Geschmack der autochthonen Bevölkerung, die eher in traditionellen und lokalspezifischen Muslimkulturen als in der geistigen Welt der Islamisten lebt. Dennoch bringen missionarische Aktivitäten erhebliche Unruhe in den destabilisierten Nordkaukasus und werden in Rußland, das bereits ein Übergreifen des Islamismus auf südrussische Gebiete wie Astrachan feststellt, hochgespielt.⁵ Gegen den "Wahhabismus"⁶ schlossen sich im August 1998 in Nasran, der "Hauptstadt" Inguschetiens, die Führer des offiziellen Islam der nordkaukasischen Republiken zusammen. Die Muftis Inguschetiens, Tschetscheniens, Dagestans, Nordossetiens, Kabardino-Balkariens und Karatschajewo-Tscherkessiens diskutierten Maßnahmen zur Überwindung der Krise in der Region und gründeten ein Koordinationszentrum der Muslime des Nordkaukasus mit einem Stabsquartier in Nasran. In den Medien ihrer Heimatrepubliken riefen die Muftis am 19. August die Bevölkerung dazu auf, die Jugend vor der Beeinflussung durch den "Wahhabismus" zu schützen.⁷ Kurz darauf, am 21. August, wurde der Mufti Dagestans, Saidmuhammad Abubakar, in Machatschkala durch einen Bombenanschlag getötet. Er war einer der entschiedensten Gegner der "Wahhabiten" und hatte zum aktiven Kampf gegen religiösen Extremismus aufgerufen.⁸

Eine Strömung regionaler Zusammenarbeit stellten Bemühungen wie die "Peaceful Caucasus Initiative" des georgischen Präsidenten dar. Schewardnadse brachte 1996 die Führer der transkaukasischen Staaten und der nordkaukasischen Föderationssubjekte Rußlands mit Jelzin in Kislowodsk zusammen, um die Aussichten für eine gesamtkaukasische Friedenspolitik zu diskutieren. Greifbare Resultate hat diese Initiative nicht gebracht. Integration – als regionale Friedenspolitik in Kooperation mit Rußland oder als "anti-imperiale Front" gegen Rußland – findet im Kaukasus vor allem auf rhetorischer Ebene statt. Dabei wird immer deutlicher, daß die einzelnen ethnoterritorialen und politischen Konflikte von Abchasien bis Karabach nur noch im Rahmen einer gesamtkaukasischen Politik geregelt werden können. Die Konflikte im Nordkaukasus sind mit analogen Konflikten in den unabhängig gewordenen transkaukasischen Staaten verflochten. Dadurch entstand eine komplizierte gesamtkaukasische Konfliktlandschaft, in der sich die russische Politik verhedderte und verding. Hatte Moskau an der einen Stelle die Nationalbewegungen von Minderheiten genutzt, um Druck auf das "nahe Ausland" auszuüben, wie bei der Unterstützung Abchasiens gegen Georgien oder einiger Minderheitenbewegungen (Lesgier, Talyschen) gegen Aserbaidschan, schlug dieser "ethnische Hebel" im Falle Tschetscheniens auf Rußland selber zurück. Moskau hat seine Erfahrungen mit der hochgradigen Entzündbarkeit kaukasischer Konflikte machen müssen, die sich letztlich der Kontrolle von außen entziehen, weil sich in ihnen ein erhebliches endogenes Konfliktpotential entfaltet.

Sozioökonomische Krisenfaktoren

Die nationalen Föderationsrepubliken im Nordkaukasus müssen in erheblichem Maße von Moskau subventioniert werden (Nordossetien zu 43,6%, Karatschajewo-Tscherkessien zu 46,7%, Kabardino-Balkarien zu 50,4%, Adygeja zu 53,4%, Dagestan zu 75,6%, Inguschetien zu 84,1%).⁹ Der Nordkau-

⁵ Vachchabity goroda Astrachani, in: Segodnja, 15.8.1998, S. 1. In Astrachan besteht angeblich die größte Gemeinde ethnischer Russen, die zum Islam "wahhabitischer Prägung" konvertiert sind.

⁶ Islamistische Aktivitäten im Kaukasus und in Zentralasien werden in russischen Medien unter "Wahhabismus" und "Wahhabiten" subsumiert, wodurch ihnen die Beeinflussung durch ausländische, besonders arabische Missionare unterstellt wird. Vgl. U. Halbach, "Wahhabiten" im Kaukasus und in Zentralasien. Religiöse Konflikte an der Südflanke Rußlands, Aktuelle Analysen des BIOst, 19/1998.

⁷ Izvestija, 19.8.1998, S. 2.

⁸ Izvestija, 22.8.1998, S. 2.

⁹ Kommersant Vlast', 11.8.1998, S. 10.

kasus wurde von der Wirtschaftsschrumpfung im nachsowjetischen Rußland besonders stark betroffen. Alle nordkaukasischen Republiken befinden sich unter den Föderationssubjekten mit dem niedrigsten Einkommensniveau.¹⁰ Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan stehen auf der Armutsliste der rußländischen Regionen an oberster Stelle. Die von der Natur gesegnete Region ist ein Hauptproduzent der Landwirtschaft Rußlands. Seit Jahren zeigen jedoch Migrationen aus dem ländlichen Sektor der Region wachsende sozialökonomische Probleme an. Die Industrielandschaft ist weitgehend verödet, wobei die nationalen Republiken stärker betroffen sind als die russischen Regionen des Nordkaukasus.¹¹ Die Öl- und Gasindustrie ist in der Region Stawropol (34%), in Tschetschenien (33%) und in der Region Krasnodar (27%) konzentriert, aber die Förderraten waren seit langem rückläufig und machen nur einen winzigen Teil der Öl- und Gasproduktion Rußlands aus. Während der Nordkaukasus seine Bedeutung für die rußländische Energiewirtschaft verlor, wuchs seine Bedeutung als Transportkorridor für zukünftige Öl- und Gasexporte aus der kaspischen Region. Damit trat für Rußland die geostrategische Bedeutung seiner kaukasischen Peripherie verstärkt hervor. Die Transportnetze der Region sind aber extrem verletzlich, einige Gebietseinheiten weitgehend isoliert und von konfliktbedingten Verkehrsblockaden betroffen, so etwa Dagestan nach dem Ausbruch des Kriegs in Tschetschenien. Andererseits sind Grenzabschnitte im Nordkaukasus völlig durchlässig und vor dem Verkehr diverser Kampfverbände und Schmugglerbanden nicht wirksam geschützt. Die Hauptroute für den Export kaspischen Öls über rußländisches Territorium, die Pipeline von Baku nach Noworossijsk, verläuft ausgerechnet durch den am stärksten destabilisierten Teil der Region, durch tschetschenisches und dagestanisches Territorium.

Wachsende Kriminalität

Mit den zahlreichen Konflikten, der weiten Verbreitung von Waffen in der Bevölkerung und der Bildung eigenmächtiger Milizen, der Schwäche der Rechtsschutzorgane, der Durchlässigkeit der Grenzen und der sozialökonomischen Krise ging ein rapides Anwachsen der Kriminalität einher. Die Verbrechenszunahme war auch in Gebieten hoch, die in der Kaukasus-Berichterstattung kaum Erwähnung fanden, wie z.B. in der westlichsten Republik Adygeja. Auch die Regionen Stawropol und Rostow heben sich in Hinsicht auf Schwerstkriminalität hervor. Die größte Zahl an Terrorakten waren 1997 in Dagestan zu verzeichnen. Die organisierte Kriminalität greift im Wirtschaftsleben immer stärker um sich.¹² 1998 nahmen Geiselnahmen so überhand, daß Entführung als regelrechter Wirtschaftszweig erschien. Besonders dieses Phänomen bediente die antikaukasischen Ressentiments in der russischen Gesellschaft und vermittelte die Region auch der westlichen Öffentlichkeit als den "wildten Kaukasus".¹³ Die Sicherheitsprobleme im Nachkriegs-Tschetschenien riefen einen Rückzug internationaler humanitärer Organisationen aus der notleidenden, durch den Krieg weitgehend zerstörten Republik hervor.

¹⁰ Im Mai 1998 lag das durchschnittliche Monatseinkommen in der Russischen Föderation bei 841 Rbl., in Nordossetien bei 535 Rbl., in Inguschetien bei 295 Rbl. *Kommersant Vlast*, 11.8.1998, S. 11.

¹¹ Im ersten Halbjahr 1998 entspricht die Industrieproduktion in den Republiken Kabardino-Balkarien, Dagestan, Karatschajewo-Tscherkessien und Nordossetien nur einem Drittel der Industrieproduktion der überwiegend agrarisch geprägten Region Stawropol. Ebenda.

¹² Wirtschaftlich am aktivsten waren 1997 laut der Kriminalitätsstatistik Rußlands kriminelle Strukturen in Dagestan, Kabardino-Balkarien und Karatschajewo-Tscherkessien. Siehe *Nezavisimaja gazeta*, 24.10.1997, S. 3.

¹³ Eines der letzten Entführungsoffer ist der Leiter der UNHCR-Vertretung in Wladikawkas. Laut Aussage des Präsidenten Nordossetiens tobte um seinen Loskauf ein regelrechter "Finanzkrieg", habe sich eine "Auktion" um die Geisel entfaltet, in die sich zahlreiche Vermittler eingeschaltet haben, die Loskaufsummen von 2-5 Mio. Dollar forderten. Siehe *Segodnja*, 18.7.1998.

Rußland verliert den Kaukasus

Die hier skizzierte Kombination historischer, demographischer, ethnographischer, wirtschaftlicher und geostrategischer Faktoren schuf eine brisante Situation. Weder die Regionalpolitik Rußlands noch die politische Kapazität der lokalen Machteliten waren ihr gewachsen. Für internationale Politik ist der Nordkaukasus aufgrund seiner staatsrechtlichen Zugehörigkeit zu Rußland kaum erreichbar. Moskaus politische Aktionen brachten alles andere als Entspannung in das Konfliktgeflecht. In der auf konkurrierende Apparate verteilten Regionalpolitik gegenüber dem Nordkaukasus zeigten sich nach 1991 die

stärksten personellen und strukturellen Schwächen der russischen Führung. Konzeptionslosigkeit und re-gionale Inkompetenz des Zentrums kennzeichneten nach übereinstimmendem Urteil russischer und ausländischer Beobachter die Kaukasuspolitik der Jelzin-Administration. Dabei wurden Nutznießer gewaltsamer Konfliktaustragung in den Apparaten ausgemacht, als Beispiele für eine obskure Mischung aus Konfliktmanipulation, -nutzung und -regelung die Kollisionen zwischen Osseten und Inguschen, der Abchasienkonflikt u.a. benannt.¹⁴ Der größte Fehler war die zunächst geheimdienstliche und dann eskalierende militärische Intervention in Tschetschenien. Die föderale Gewalt Rußlands wird im Nordkaukasus so schmerzhaft wie in keiner anderen Region mit dem Schwund ihrer Steuerungs- und Organisationskapazitäten konfrontiert. Für eine radikale Neuorientierung russischer Politik in der Region fehlen die finanziellen Ressourcen, da hierfür vor allem die aktive und kostspielige Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus gefordert wäre. Das beim Treffen mit dem tschetschenischen Präsidenten gegebene Versprechen des russischen Regierungschefs Kirijenko, die Wiederaufbauhilfe für das von russischen Truppen zerstörte Tschetschenien nun endlich anzugehen und Tschetschenien den Status einer Wirtschaftszone zu gewähren, erfolgte kurz vor der Offenbarung der bislang schwersten Finanzkrise Rußlands und dem politischen Sturz Kirijenkos. Zuvor war angesichts der Turbulenzen in Tschetschenien noch einmal das klassische Instrument der Machtwahrung bemüht worden: Rußland hielt Ende Juli ein großes Manöver mit Übungsthemen wie Geiselfreiung und Terrorismusbekämpfung im Nordkaukasus ab, an dem sich alle "Gewaltstrukturen" und "operativen Gruppen" der Föderation und der Föderationssubjekte in der Region beteiligen sollten. Auch Tschetschenien war eingeladen, folgte der Einladung freilich nicht.

Neben der eigenen Regierungsschwäche stellten russische Kommentatoren die Einmischung externer Akteure und "islamische Missionen" aus dem Mittleren Osten als einen Hauptfaktor der Destabilisierung der Region heraus. Ein Artikel der "Nezavisimaja gazeta" beklagte pantürkische Ambitionen im Kaukasus und warf besonders Aserbaidshan vor, eine Schaltstelle für die Finanzierung und Ausbildung extremistischer Kräfte für die Unterwanderung Dagestans zu sein.¹⁵ Solche Vorwürfe sind nicht neu. Während des Kriegs in Tschetschenien bezichtigten russische Medien Aserbaidshan der Unterstützung der Separatisten. Auch die Regierung in Dagestan erhebt den Vorwurf einer "islamistischen Unterwanderung" von außen, insbesondere gegen die Nachbarrepublik Tschetschenien.

Chaos in Tschetschenien

¹⁴ Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven, Untersuchungen des FKKS (Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim), 1995, S. 16-20, zu den Nutznießern der Konflikte S. 37-40; Swetlana Tscherwonaja, Der ossetisch-inguschische Konflikt. Eine Fallstudie. In: Halbach, Kappeler, Krisenherd Kaukasus, a.a.O., S. 245-262.

¹⁵ Rossijskij Severnyj Kavkaz. Moščnyj placdarm pantjurkistskogo vlijanja, Nezavisimaja gazeta, 25.7.1998, S. 4.

Neuerdings wendet sich auch der vom innenpolitischen Machtkampf bedrängte Präsident Maschadow gegen die Einmischung islamischer Kräfte von außen, besonders gegen Missionen aus arabischen Ländern, die sich anmaßen, "den Tschetschenen den Islam beizubringen". Während die Regierung in Grosny seit Ende 1996 die offizielle Islamisierung der Republik mitgetragen hatte, Scharia-Gerichte etablierte und ein "Ministerium für Scharia-Staatssicherheit" zur zentralen Institution ihrer offiziellen Gewaltstrukturen machte, fühlt sie sich inzwischen von politischen Gegnern bedrängt, die ihrerseits die "islamische Karte" gegen Maschadows relativ moderate Politik ausspielen. Seit kurzem steht der 1996 mit großer Mehrheit gewählte Präsident in offener militärischer Konfrontation zu islamistischen oder radikal-nationalistischen Formationen im eigenen Land, teilweise im eigenen Regierungslager. Am 23. Juni erklärte er einen nicht durchsetzungsfähigen Ausnahmezustand. Am 15. Juli kam es in Gudermes mit Kämpfen zwischen der Nationalgarde und einem "islamischen Regiment" zur bisher schwersten Kollision zwischen tschetschenischen Formationen in der Nachkriegszeit. Einen Tag später erklärte die Regierung den "Wahhabismus" für illegal und kündigte die Schließung oppositioneller Medien an. Maschadow säuberte seinen eigenen Präsidialrat. Ausländer wurden wegen "religiöser Aktivitäten" des Landes verwiesen. Ihren Höhepunkt erreichten die innenpolitischen Wirren mit dem gescheiterten Versuch eines Attentats auf Maschadow am 23. Juli. Dabei sind nicht nur die innenpolitischen Verhältnisse Tsche-

tscheniens verworren, sondern auch die außenpolitischen Verlautbarungen aus Grosny: Während Symbolfiguren des Sezessionskampfes und des Dudajewregimes weiterhin den antikolonialen Widerstand gegen das "russische Imperium" predigen, zeigte sich Maschadow nach seinem Treffen mit Kirilenko versöhnlich und lokalisierte Tschetschenien in einem gemeinsamen Wirtschafts- und Verteidigungsraum mit Rußland; während der Präsident bei einem USA-Aufenthalt um amerikanische Investitionen warb, sagte sein Stellvertreter Waha Arsanow nach dem US-Schlag gegen Objekte im Sudan und in Afghanistan in Erwiderung islamistischer Terrorakte in Ostafrika Washington den Kampf an; mal zielen außenpolitische Initiativen Grosnys in den Transkaukasus und dort besonders nach Georgien, mal in die arabische Region, dann wieder in die Türkei als Kontrast zur arabischen Welt.

Ausblick

Der Nordkaukasus ist mit Abstand die am meisten destabilisierte Region der Russischen Föderation. 1998 ist er nicht mehr aus den Schlagzeilen der russischen Presse herausgekommen. Auf ihn beziehen sich Aussagen über einen denkbaren Zerfall der Föderation wie auf keine andere Region. Wenn auch von einer dem Vorbild Tschetscheniens folgenden "Sezessionsparade" der regionalen Föderationssubjekte keine Rede sein kann – sieht man einmal von einer neuerlichen "Sezession" von drei "wahhabistischen" Dörfern Dagestans ab –, ist doch der Zerfall von Rechtsordnung und staatlicher Organisation so weit fortgeschritten, daß Rußlands Regierungsgewalt über diesen Abschnitt seiner Südperipherie völlig erodiert ist und bereits einige Pressestimmen zum definitiven Rückzug aus dieser Region aufrufen. Sehr eindringlich geschieht dies in einem Artikel mit dem Titel "Siegreicher Rückzug" mit folgenden Argumenten: 1. Der Kaukasus ist die letzte Kolonie Rußlands in einem Zeitalter konsequenter Dekolonisierung; 2. Die völlige Unzulänglichkeit russischer Regierungsgewalt im Nordkaukasus erschüttert das Vertrauen aller übrigen Föderationssubjekte in die Bundesgewalt; 3. Die Region wird zu einer weiterhin nicht finanzierbaren Last für Rußland.¹⁶ Im Extrem geht dieses Rückzugsszenario mit der Aufforderung einher, Südrußland vom muslimischen Nordkaukasus durch eine "Große Mauer" zu trennen.

Uwe Halbach

¹⁶ Kommersant Vlast', 11.8.1998.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>